



**Postulat von Ivo Egger, Stéphanie Vuichard, Hanni Schriber-Neiger und Andreas Lustenberger  
betreffend einen klimaneutralen, kantonalen Gebäudepark des Kantons Zug  
vom 10. September 2019**

Die Kantonsrätinnen Stéphanie Vuichard, Zug, und Hanni Schriber-Neiger, Risch, sowie die Kantonsräte Ivo Egger, Baar, und Andreas Lustenberger, Baar, haben am 10. September 2019 folgendes Postulat eingereicht:

Der Regierungsrat wird aufgefordert, seine Neu-, Ersatzbauten sowie Sanierungen CO<sub>2</sub>-neutral zu realisieren und zu bewirtschaften. Der CO<sub>2</sub>-Überhang, welcher trotz des Einsatzes entsprechender Baumaterialien und Bautechnologien in der Erstellung sowie hinsichtlich Energieeffizienz und erneuerbarer Energieträger im Betrieb resultiert, soll CO<sub>2</sub>-neutral kompensiert werden.

Begründung:

Der Gebäudepark der Schweiz ist für rund 40 Prozent des Energiebedarfs und rund die Hälfte der CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. Immer mehr Unternehmen erkennen die Notwendigkeit, ihre Firmen klimaneutral zu positionieren, aus Verantwortung für die Umwelt, aber auch für die kommenden Generationen. Auch der Bundesrat hat am 28. August 2019 entschieden, dass die Schweiz bis 2050 klimaneutral sein muss. Der Kanton Zug soll bezüglich der Klimaneutralität mit gutem Beispiel vorangehen und seinen künftigen Gebäudebestand CO<sub>2</sub>-neutral betreiben. Um dies zu erreichen, steht ihm ein breiter Fächer von möglichen Massnahmen zur Verfügung. So kann er

- a) mit CO<sub>2</sub>-optimierten Baumaterialien wie Schweizer Holz bauen,
- b) Baumaterialien aus der Region verbauen, die weniger Transporte verursachen,
- c) so energieeffizient bauen, dass die Gebäude im Betrieb viel weniger Energie verbrauchen, und
- d) für den Betrieb auf erneuerbare Energie setzen und erneuerbare Energie über den eigenen Bedarf hinaus selbst produzieren.

Können Neu-, Ersatzbauten sowie Sanierungen nicht CO<sub>2</sub>-neutral realisiert und bewirtschaftet werden, sind die CO<sub>2</sub>-Überschüsse durch regionale oder mindestens nationale Investitionen z.B. in der Forst- oder Landwirtschaft (Biodiversitätsförderung, Humusaufbau) kompensiert werden.